

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Reinhard Lauterbach
30.10.2020

Lukaschenko wird nervös

Austausch des Innenministers in Belarus



Nikolai Petrov/BelTA/Handout via REUTERS

Der belarussische Staatschef Alexander Lukaschenko (r.) und sein neuer Innenminister Iwan Kubrakow am Donnerstag in Minsk

Wenn in einer angespannten innenpolitischen Situation wie in Belarus der Präsident den Innenminister auswechselt, geht die spontane Einschätzung in die Richtung, dass hier ein Sündenbock abgestraft werde für eine Zuspitzung, die der Präsident selbst zu verantworten habe. Auf den aktuellen Personalwechsel im belarussischen Innenministerium trifft diese Interpretation aber offenbar nicht zu.

Der bisherige Innenminister Juri Karajew wird Sonderbeauftragter von Alexander Lukaschenko für die Region Grodno. Er soll dort insbesondere die Zusammenarbeit von Polizei und Armee zur Aufrechterhaltung der »Ordnung« in diesem vom Präsidenten als kritisch eingeschätzten Grenzgebiet zu Polen und Litauen koordinieren. Ähnliche Ernennungen nahm Lukaschenko auch für die zweite westliche Grenzregion Brest und die Hauptstadt Minsk vor. Gleichzeitig ordnete er an, eine freiwillige Hilfspolizei aus Bürgern mit militärischer Erfahrung aufzustellen und diese zu bewaffnen.

Die Personalentscheidungen gehen einher mit einer Verschärfung der Rhetorik gegenüber den andauernden Protesten. Lukaschenko nannte die streikenden Arbeiter und demonstrierenden Oppositionsanhänger in dieser Woche erstmals »Terroristen«, und der jetzt nach Grodno geschickte Karajew drohte am Donnerstag mit Schusswaffengebrauch gegen

»Extremisten«: Die Polizisten würden »keine Bestien, aber auch keine Weicheier« sein. Einen Tag zuvor hatte er begründet, warum Polizisten auch ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl in Wohnungen eindringen dürften: Im Lande herrsche eine »Kriegssituation«.

Das alles deutet darauf hin, dass Lukaschenko nach fast drei Monaten ständiger Proteste nervös wird. Und zwar wahrscheinlich weniger mit Blick auf die eigentlichen Proteste. Die Streiks, zu denen seine Gegenspielerin Swetlana Tichanowskaja aufgerufen hat, sind weit davon entfernt, sich zu einem Generalausstand auszuweiten. Eher handelt es sich um Bummelstreiks in strategischen Abteilungen einzelner Großbetriebe – solchen, die wichtige Vorprodukte herstellen und so mit vergleichsweise geringem Einsatz ganze Unternehmen lahmlegen können. Aus Sicht der Staatsmacht ist das ärgerlich, aber nicht existenzbedrohend. Gegen die Sympathie vieler Studierender für die Opposition gehen die Hochschulleitungen mit massenhaften Exmatrikulierungen vor.

Tatsächlich ist der Präsident von zwei Seiten unter Druck: einerseits von der Opposition, deren Unterstützung durch EU und USA immer offenkundiger wird. Und andererseits von seiten Russlands, das von ihm erwartet, dass er die Unruhe im Land unter Kontrolle bekommt. Die Erklärungen russischer Politiker darüber, dass die »Stabilität« des belarussisch-russischen Unionsstaates auch im vitalen Interesse Moskaus liege, enthalten die verborgene Drohung: Wenn es Lukaschenko nicht schafft, das zu leisten, könnte es auch Russland direkt tun.

Aus: [Ausgabe vom 30.10.2020](#), Seite 8 / Ansichten
[Kommentar](#)